

Klimapolitik in kleinen Schritten

Der Bundesrat bestätigt den Verzicht auf die CO₂-Abgabe auf Treibstoffe – kompensiert wird im Gebäudebereich

Bis 2050 will der Bundesrat im Gleichschritt mit der EU den Ausstoss von Treibhausgasen um 50 Prozent senken. Es wird jedoch schwierig, schon nur die Ziele bis 2012 zu erfüllen. Der Klimarappen soll jetzt weiterhelfen.

CHRISTIAN VON BURG

Die grössten Einsparungen an CO₂-Emissionen hat die Schweiz bisher mit der Isolierung von Gebäuden erreicht. Hier ist die Klimapolitik auf Kurs. Beim Verkehr hingegen steht die Schweiz statt im Minus neun Prozent im Plus. Für diesen Fall sieht das schweizerische CO₂-Gesetz vor, dass der Bundesrat eine Abgabe auf Treibstoffe einführen darf, eine Abgabe, die der Bevölkerung zurückerstattet werden soll. Das Autofahren würde so künstlich verteuert.

Seit gestern ist nun aber klar: Die CO₂-Abgabe auf Treibstoffe ist vorderhand vom Tisch. Energieminister Moritz Leuenberger konnte sich nicht durchsetzen. Der Gesamtbundesrat zieht es vor, weitere Vereinbarungen mit der Stiftung Klimarappen einzugehen. Diese von der Erdölbranche initiierte Organisation hat Geld übrig, das nun in den Kauf weiterer Klimazertifikate im Ausland und in Projekte im Inland investiert werden soll. Der Bundesrat hofft, damit die klaffen- de Ziellücke gemäss CO₂-Gesetz bis 2012 zu schliessen. Nach Berechnungen des Bundesamtes für Energie beträgt sie 500 000 Tonnen CO₂. Leuenberger bestritt vor den Medien, als linker Energieminister im bürgerlich geprägten Bundesrat mit der CO₂-Abgabe eine Niederlage erlitten zu haben. Bis die umstrittene Vorlage das Parlament passiert hätte, wäre der Zeithorizont für das CO₂-Gesetz – es umfasst die Zeit bis 2012 – schon fast erreicht. «Die Abgabe wäre zu spät in Kraft getreten», sagte Leuenberger. Später werde



Damit die Temperatur weltweit nicht um mehr als zwei Grad ansteigt, muss der CO₂-Ausstoss bis 2020 um 20 Prozent sinken.

KEY

die Abgabe aber bestimmt wieder ein Thema.

Streit um die Zweckbindung

Gestritten wurde im Bundesrat dagegen um die Finanzierung aller weiteren Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Der Bund plant dazu ein breit gefächertes Programm (siehe unten). Eine der wichtigsten, weil effizientesten Massnahmen ist die Isolierung alter Häuser, die der Bund künftig subventionieren will. Leuenberger schlug zur Finanzierung eine sogenannte Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe auf Heizöl vor. Mit anderen Worten: Ein Teil dieser Abgabe soll nicht mehr wie vorgesehen an die Bevölkerung zurückerstattet wer-

den, sondern zur Förderung der Gebäudeisolierung verwendet werden. «Diese Art der Finanzierung ist für die Bürger einfach nachvollziehbar», sagt Leuenberger. Der Gesamtbundesrat hat dafür jedoch kein Gehör und überlässt die Frage der Finanzierung dem Parlament. In der Energiekommission des Nationalrates ist ein entsprechender Vorschlag bereits gutgeheissen worden.

50 Prozent runter bis 2050

Für die Zeit nach 2012 hat der Bundesrat erste Pflichten eingeschlagen: Er will sich an den Zielen der EU «orientieren». Das heisst konkret: eine Reduktion der Treibhausgas bis 2020 um mindestens 20

Prozent und bis 2050 um 50 Prozent (gemessen am Stand von 1990). Durch den Kauf von Zertifikaten im Ausland könnte zudem eine zusätzliche Reduktion von 10 Prozent erreicht werden.

Stromverbrauch steigt weiter

Der Verbrauch fossiler Energien soll bis 2020 um 20 Prozent reduziert werden. Gleichzeitig soll der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch um 50 Prozent gesteigert werden. Beim Stromverbrauch musste Leuenberger sein ehrgeiziges Ziel vom Nullwachstum aufgeben, das er noch im Herbst präsentiert hatte. In den letzten Jahren stieg der Stromverbrauch stetig an, und der zuneh-

mende Betrieb von Wärmepumpen, mit denen Ölheizungen ersetzt werden können, wird den Stromverbrauch weiter in die Höhe treiben. Das deklarierte Ziel des Bundesrates: Der Stromverbrauch soll zwischen 2010 und 2020 auf maximal fünf Prozent begrenzt werden. Nach 2020 soll der Stromverbrauch dann stabilisiert werden.

Leuenbergers Departement arbeitet nun eine Vorlage zur Revision des CO₂-Gesetzes aus, die im Sommer 2008 in die Vernehmlassung geht. Dabei dreht sich die Energiepolitik scheinbar im Kreis. Die zentralen Punkte für das Gesetz nach 2012: eine CO₂-Abgabe als reine Lenkungsabgabe oder aber eine CO₂-Abgabe mit Teilzweckbindung.

Heizenergie vermindern



MICHAEL PROBST/KEYSTONE

GEBÄUDE Gebäude, die vor 1995 entstanden sind, sollen energetisch saniert werden. Dazu lancieren Bund und Kantone ein auf die Zeit zwischen 2010 und 2020 befristetes Sanierungsprogramm. Ziel ist, die älteren Gebäude auf Minergiestandards zu bringen. Der Bundesrat strebt zudem an, die kantonal unterschiedlichen Vorschriften zu harmonisieren. Wie viel Geld zur Verfügung steht und aus welcher Quelle dieses kommt, hat die Regierung allerdings noch nicht festgelegt. Möglich wäre, einen Teil der Einnahmen aus der CO₂-Abgabe auf Heizöl dafür zu verwenden, so wie dies die Energiekommission des Nationalrats sowie Mieterlobby und Hauseigentümergebiet fordern. Dies ist jedoch laut Energieminister Moritz Leuenberger im Bundesrat umstritten. Für die Gegner ist es nicht zulässig, die als Lenkungsinstrument eingeführte CO₂-Abgabe nicht vollständig an die Bevölkerung zurückfliessen zu lassen. Eine weitere Finanzierungsquelle wären Einnahmen aus der Mineralölsteuer. (for)

Bessere Anreize bei den Autos



MANU FRIEDRICH

VERKEHR Der Bund verhandelt mit den Autoimporteuren über eine neue Zielvereinbarung, mit deren Hilfe der Treibstoffverbrauch und die CO₂-Emissionen der eingeführten Neuwagen reduziert wird. Weil solche Vereinbarungen bisher praktisch nichts brachten, sind laut Michael Kaufmann, Vizedirektor des Bundesamtes für Energie, neue Sanktionen beim Verfehlen der Ziele vorgesehen. Ergänzend dazu kommt ein Bonus-Malus-System beim Autoimport. Wer ein umweltfreundliches Auto kauft, erhält einen Bonus von 3000 bis 4000 Franken. Die Vorlage ist im Parlament und dürfte frühestens 2010 in Kraft treten. Parallel dazu überarbeitet der Bund die bisherige Energieetikette zur Umwelteetikette. Neu werden neben dem CO₂-Ausstoss weitere Umweltkriterien erfasst. Teil des Massnahmenbündels sind auch die kantonalen Motorfahrzeugsteuern. Die Kantone werden ermutigt, deren Höhe vom Treibstoffverbrauch abhängig zu machen. (for)

Das Aus für die Glühbirne



ADI

HAUSHALTGERÄTE Die Tage der klassischen Glühbirne sind gezählt. Sie dürfte spätestens 2012 die Standards für die Marktzulassung nicht mehr erfüllen. Ab 2015 sind dann nur noch die beiden besten Energieeffizienzklassen A und B zugelassen. Sparpotenzial sieht der Bundesrat auch bei der Strassenbeleuchtung. Für Computer, Radio- und TV-Geräte sowie Set-Top-Boxen gelten künftig Mindestanforderungen beim Stromverbrauch auf Basis der Energieetikette. Für den Standby-Betrieb werden Höchstwerte vorgeschrieben. Bei Geräten wie Kaffeemaschinen und Wasserdispenser, für die es keine Energieetiketten gibt, vereinbart der Bund mit der Branche Standards. Die strengereren Vorgaben gelten überall nur für Neugeräte. Deshalb dürfte es einige Jahre dauern, bis das ganze Sparpotenzial realisiert werden kann. Es besteht zudem die Gefahr, dass die Sparefforts durch den Betrieb neuer Geräte wie beispielsweise Set-Top-Boxen teilweise zu nichte gemacht werden. (for)

Einfacher zum Gaskraftwerk



DENIS EMERY/KEYSTONE

ENERGIE Um die Stromversorgung sicherzustellen, will der Bundesrat den Bau von Gaskraftwerken erleichtern. Mit seinem Entscheid, dass die Betreiber 70 Prozent der CO₂-Emissionen in der Schweiz kompensieren müssen, hat das Parlament den Bau solcher Werke faktisch verboten. Unter diesen Voraussetzungen ist die Stromproduktion nicht rentabel. Der Bundesrat hatte ursprünglich vorgeschlagen, bis zu 70 Prozent im Ausland zu kompensieren. Nun will die Regierung dem Parlament einen Kompromiss vorlegen, der bei der hälftigen Aufteilung der Kompensation im In- und Ausland liegen dürfte. Bei den Atomkraftwerken hat sich der Bundesrat gegen die diskutierte Straffung des Bewilligungsverfahrens entschieden. Der Zeitbedarf für die drei Verfahren (Rahmenbewilligung, Baubewilligung, Betriebsbewilligung) könne innerhalb des geltenden Rechts praktikabel verkürzt werden. Bewilligung und Bau eines neuen KKW dauern total 16 bis 18 Jahre. (for)

Geteilte Reaktionen

Die Reaktionen auf die Entscheide zur Klima- und Energiepolitik zeigen die divergierenden Interessen. Während die Autovende die Verzicht auf die CO₂-Abgabe begrüßen, bezeichnen die Umweltverbände dies als Katastrophe. Die Wirtschaft vermisst Massnahmen gegen die Versorgungslücke.

Die Freisinnigen begrüssen, dass der Bundesrat keine neue Bürokratie aus dem Boden stampfen wolle. Für den Gewerbeverband trägt der Bundesrat den wirtschaftlichen Realitäten Rechnung.

Demgegenüber reagierten SP, Grüne und die Umweltverbände mit Unverständnis. Ohne die CO₂-Abgabe und eine Klimalenkungsabgabe für die Gebäudesanierung und den öffentlichen Verkehr liessen sich nicht einmal die zu tief gesteckten Ziele des Bundesrats erreichen. Die Grünen bezeichnen den Verzicht auf die CO₂-Abgabe als Katastrophe, und die Schweizerische Energie-Stiftung hält die Umsetzung des CO₂-Gesetzes für gescheitert.

Hauseigentümerversand und Mieterverband zeigten sich in einer gemeinsamen Stellungnahme enttäuscht, dass keine Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe auf Heizöl beschlossen wurde. (ap)

Für souveränes Kosovo

STÄNDERÄTE Der Bundesrat erhält in Sachen Kosovo ein erstes positives Signal aus dem Parlament: Mit 7 zu 4 Stimmen empfiehlt ihm die Aussenpolitische Kommission (APK) des Ständerates die Anerkennung der früheren serbischen Provinz. Vor seinem Entscheid über die völkerrechtliche Anerkennung Kosovos durch die Schweiz muss der Bundesrat die APK beider Räte konsultieren. Gestern holte Aussenministerin Micheline Calmy-Rey die Meinungen in der ständerätlichen Kommission ein, heute Freitag in der APK des Nationalrates.

Zeitpunkt offen gelassen

Die Mehrheit der Ständeratskommission ist der Ansicht, dass die Anerkennung Kosovos durch die Schweiz – zu einem vom Bundesrat gewählten Zeitpunkt – zur Stabilität in der Region beitragen kann. Die Interessen der Migrations- und der Sicherheitspolitik könnten berücksichtigt werden. Der Entscheid sei nach eingehender Diskussion gefallen, sagte Kommissionspräsident Dick Marty (fdp, TI). Auch die Minderheit stellte sich nicht grundsätzlich gegen eine Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos, wollte aber, dass der Bundesrat mit dem Entscheid noch zuwartet. Der kosovarische Staat müsse sich zuerst als existenzfähig erweisen und belegen, dass die Minderheitenrechte voll gewährleistet seien, sagte Marty, der selber zu den Skeptikern gehört.

Marty warnte eindringlich

Marty warnte in einem gestern veröffentlichten Interview mit dem «Tages-Anzeiger» vor einer raschen Anerkennung Kosovos. Dass sich Aussenministerin Calmy-Rey frühzeitig für die Unabhängigkeit ausgesprochen hatte, bezeichnete Marty als Fehler. Er verwies darauf, dass Serbien im Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zur Stimmrechtsgruppe der Schweiz gehört und sich aus Protest gegen die Anerkennung Kosovos zusammen mit anderen Staaten aus der Gruppe zurückziehen könnte. «Es wäre angesichts der Bedeutung unseres Finanzplatzes schlimm, wenn die Schweiz ihren Sitz verliere», sagte Marty. «Wenn wir Kosovo schnell anerkennen, nehmen wir Partei, ohne dass wir etwas davon haben.» Und: «Wenn uns unsere Neutralität noch etwas bedeutet, müssen wir vorsichtig sein.» Er übte auch Kritik an seiner Partei. Die FDP habe sich mit der SP für eine baldige Anerkennung ausgesprochen, «ohne die Problematik genügend zu vertiefen». Marty zeichnete ein düsteres Bild der Lage in Kosovo – die wirtschaftliche Lage sei desaströs, die Arbeitslosigkeit enorm. Zudem sei Kosovo heute eines der grössten Zentren der organisierten Kriminalität. «Nichts ist besser geworden unter der internationalen Verwaltung. Diese hat versagt», sagte Marty: «Ich frage mich, welche Garantien es wirklich für die Minderheiten der Serben und der Roma gibt.» (sda/ap)

Protokoll bleibt geheim

MÖRGELE/MENGELE Das Protokoll der Kommissionssitzung, in der Bundespräsident Couchepin die umstrittene «Mörgele»-Aussage gemacht hat, wird nicht veröffentlicht. Die entsprechenden Anträge wurden aufgrund der Gesetzeslage zurückgezogen, wie die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) mitteilte. Die WBK habe damit ihre Aussprache zum Thema beendet. SVP-Nationalrat Christoph Mörgele hatte in der Sonntagspresse Auszüge des Protokolls veröffentlicht, in denen Couchepins Aussagen «Mörgele» und «Mörgele» enthalten sind. (ap/bin)